

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsstelle:  
Tagesblatt Riesner  
Bismarckstr. 30.  
Postfach Nr. 32.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft  
Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesner, des Rates der Stadt Riesner,  
des Finanzamts Riesner und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagskonten:  
Dresden 1800.  
Groschlag:  
Riesner Nr. 32.

Nr. 101.

Montag, 30. April 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 35 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr mittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewährung für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 60 mm breite Zeile 100 Gold-Pfennige; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Peste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Achtstündige Unterhaltungsbeilage "Weghler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstigen irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Jäger & Winterlich, Riesner. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesner; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesner.

## Erziehung zur Politik.

In wenigen Wochen wählt das deutsche Volk den neuen Reichstag, können 40 Millionen Staatsbürger ihrer politischen Meinung praktisch Ausdruck geben, nach ihrem Willen die Zusammenfassung des neuen Parlamentes bestimmen und den Kurs der künftigen Regierungspolitik für die nächsten vier Jahre festlegen. Die Wahlkampagne ist in vollem Gange, es bregelt Schlagworte von links, von der Mitte, von rechts; mit allen möglichen Mitteln versuchen die Parteien die Masse der Wähler für sich zu gewinnen.

Nur die politische Unkenntnis und Unbildung des Durchschnittswählers ist dafür verantwortlich zu machen, daß der Wahlkampf mehr mit handgreiflichen als mit geistigen Waffen geführt wird, in demagogische Demagogie ausartet und politische Vorurteile schafft, wo er politische Urteile bilden sollte.

Erst wenn in der Hitze späteren parteipolitischen Kampfes sich die Parteien gegenseitig unerfüllte Wahlversprechungen und Schlimmeres an den Kopf werfen, merkt der Durchschnittswähler, daß irgend etwas nicht in Ordnung ist. Er merkt aber nicht, daß er selbst — allerdings neben einem zwar theoretisch, nicht aber praktisch vollendetem Wahlsystem — schuld an diesen Verhältnissen ist. Er hat bei der Wahl sein Wort aus irgendeinem "politischen" Respektiment heraus gerade für diese oder jene Partei abgegeben oder er hat aus Unzufriedenheit mit der "Quasibildung" überhaupt nicht von seinem Wahlrecht Gebrauch gemacht. In diesem wie in jenem Falle hat er vorurteilsvoll gehandelt. Das ist kein Wunder, denn der große Durchschnitt hat kein politisches Urteil. Die Erziehung zur Politik, zur politischen Reife ist, obwohl sie Voraussetzung für den Parlamentarismus ist, ein Schlagwort geblieben. Trotz neunzehnjährigen Bestehens des reinen Parlamentarismus in Deutschland ist es noch nicht gelungen, die Masse für die Politik — wohlverstanden nicht für ein parteipolitisches Programm, für "ideologische" Politik, sondern für objektive Politik, für in öffentlichem Interesse geleitete oder zu leistende Arbeit — zu interessieren. Dem Durchschnittswähler ist Politik gleichgültig. Er liest die Zeitung prinzipiell nur von der zweiten oder dritten Seite ab; ein Reichstagsbericht findet nur dann Gnade vor seinen Augen, wenn er eine Schlagzeile (auch eine Folge des politischen Vorurteils nicht nur des Gewählten, sondern auch des Wählers) enthält. Es ist also kein Wunder, wenn er die Leistungen eines Abgeordneten, einer Partei, einer Koalition oder einer Regierung nach den "Quasileisten" im Reichstag, die er notabene nicht liest oder nicht versteht, oder nach den Auswertungen für sein eigenes oder seiner Berufsgruppe Wohlwollen beurteilt.

Im übrigen dürfte die Zeitung oder der politische Bildungskurs, wie manche Parteien ihn eingerichtet haben, nicht reich ausreichen, um über sachliche politische Leistung zu unterrichten. Die Meinungen darüber, auf welchem Wege die Erziehung zur Politik überhaupt getrieben werden soll, gehen ziemlich weit auseinander. Träger der sachlichen Politik sind jedenfalls die Regierungen des Reiches und der Länder, es ist also wohl eine ihrer Aufgaben, die Öffentlichkeit über das, was für sie geleistet worden ist, zu unterrichten, und zwar nicht nur durch die Publizität der Reichstagsverhandlungen. Daß ein Bedürfnis danach vorhanden ist, steht außer aller Frage.

Die preussische Regierung hat jetzt den Versuch unternommen, in einer Broschüre, die auch für die ganz große Masse erschwinglich ist, in der Form von Stichworten auf knappem Raum eine Darstellung der preussischen Politik bis zum Jahre 1928 zu geben. Die sachliche Arbeit, die auf allen Gebieten der Politik, Kunst und Wirtschaft geleistet wurde, wird auch für den verständlichen, der sich mit Politik niemals beschäftigt hat.

Dieses Beispiel verdient zweifellos, von den anderen Ländern, insbesondere von der Reichsregierung, nachgeahmt zu werden. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen müssen alle Versuche, der Allgemeinheit politische Bildung, das heißt, in allererster Linie politische Sachkenntnis, zu vermitteln, begrüßt werden. Eine Schwäche macht natürlich noch keinen Sommer. Betrachtet man die Regierungen aber erst einmal als ihre Aufgabe, die große Masse und nicht nur die politische Interessierten über ihre Gesamtleistung und nicht nur über einzelne Arbeitsgebiete, die gerade "aktuell" sind, zu unterrichten, besteht wenigstens einig Aussicht, daß allmählich das politische Vorurteil oder die politische Indifferenz, die vielleicht noch schlimmer ist, verschwindet.

## Gegen die Beschränkung der Luftfahrt im besetzten Gebiet.

(Koblenz). Nachdem die Verhandlungen mit der Rheinlandkommission wegen Zulassung der freien Luftfahrt im besetzten Gebiet ergebnislos verlaufen sind, gibt der Wirtschaftsausschuß für die besetzten Gebiete öffentlich eine Erklärung ab, daß er sich verpflichtet fühlt, vor aller Welt mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß der einzige Weg auf der ganzen Erde, der für die Luftfahrt verschlossen bleibt, das besetzte Gebiet im Westen des Deutschen Reiches ist. Er legt gegen dieses Verhalten, das durch keinerlei sachliche Gründe, auch nicht mit dem Hinweis auf Gefährdung der Sicherheit der Befehlstruppen, begründet werden kann, Einspruch ein.

## Zur Reichstagswahl.

### Stressemanns Rede in Sterlohn.

(Berlin). Für die Reichswahlvorschläge der bisher im Reichstag vertretenen Parteien ist folgende Nummernfolge für die Reichstagswahl festgesetzt worden:

- 1 = Sozialdemokratische Partei Deutschlands
- 2 = Deutschnationale Volkspartei
- 3 = Zentrum
- 4 = Deutsche Volkspartei
- 5 = Kommunistische Partei
- 6 = Deutsche Demokratische Partei
- 7 = Bayerische Volkspartei
- 8 = Linke Kommunisten
- 9 = Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei)
- 10 = National-Sozialistische Deutsche Arbeiterpartei
- 11 = Deutsche Bauernpartei
- 12 = Volks-Nationaler Block
- 13 = Deutsch-Hannoversche Partei
- 14 = Landbund
- 15 = Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei
- 16 = Volkrecht-Partei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung)

Die Reichswahlvorschläge, die dem Reichswahlvorschlag dieser Parteien angeschlossen werden, erhalten die Nummer ihres Reichswahlvorschlags. Mit dieser Nummer und in dieser Reihenfolge werden die Reichswahlvorschläge auch auf dem Stimmzettel aufgeführt. Wird von einer der vorstehend aufgeführten Parteien in einem Wahlkreis ein Reichswahlvorschlag nicht eingebracht, so fällt die Nummer auf dem Stimmzettel aus. Für Reichswahlvorschläge von Parteien, die bisher im Reichstag nicht vertreten waren, stehen die Nummern von 17 an zur Verfügung.

Zum Reichstag wählen kann nur, wer in eine Stimmliste oder Stimmkarte eingetragen ist oder einen Stimmschein hat. Die Stimmlisten und Stimmkarten liegen vom Sonntag, den 29. April bis Sonntag, den 6. Mai aus. Wo und zu welcher Tageszeit die Listen einzusehen und in welcher Weise Einsprüche erhoben werden können, ist von den Gemeindebehörden bekanntzugeben. Unrichtigkeiten oder Unvollständigkeiten der Listen kann jeder Wähler geltend machen, ohne Rücksicht darauf, ob sich der bemängelte Eintrag oder Nichteintrag auf ihn selbst oder dritte Wähler bezieht. Die Einsprüche in die Liste empfiehlt sich insbesondere für Personen, die seit der letzten Reichstagsabstimmung (Juni 1926) ihre Wohnung gewechselt haben oder erst stimmberechtigt geworden sind.

### Wahlkampf in verständiger Form.

Unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten von Köln, Dr. Elsen, haben, wie die "Vossische Zeitung" meldet, die Führer der politischen Parteien des Regierungsbezirks Köln mit Ausnahme der Kommunisten und Nationalsozialisten eine Vereinbarung getroffen, in der es u. a. heißt: Jede planmäßige und absichtliche Störung oder Sprengung öffentlicher Versammlungen hat zu unterbleiben und es ist dahin zu wirken, daß die Abgeordneten, Redner und Führer der politischen Parteien nicht persönlich herabgesetzt und beschimpft werden. Die Artikel, Flugblätter und Plakate sollen frei sein von beleidigenden und Verleumdungen. Verleumdende Plakate der anderen Parteien sollen weder abgerissen noch vorzeitig überflüssig werden. Wir werden unsere Parteifreunde und Organisationen veranlassen, bei dem Abreißen von Plakaten das Beschmutzen der Häuser und die Verunstaltung des Straßenbildes zu vermeiden.

### Eine englische Note an Ägypten.

(London). Den Blättern zufolge wurde gestern abend in Kairo dem Premierminister Nubasch Pascha eine britische Note zugeht, die den Charakter eines Ultimatus habe. Der "Daily Mail" zufolge wird darin gefordert, daß die Gesetzesvorlage über öffentliche Versammlungen, die bereits von der Kammer angenommen worden ist, binnen 24 Stunden zurückgezogen werde. Nubasch Pascha sei entschlossen, nur zurückzutreten, wenn er dazu gezwungen werde. Der diplomatische Korrespondent des "Daily Chronicle" spricht von der Möglichkeit, daß im Falle der Annahme der Gesetzesvorlage die ägyptischen Stille beschlagnahmt werden würden. Die "Morning Post" spricht nur von einer sehr energischen wahrenen Note.

Eine früher abgeschickte Reuter-Meldung aus Kairo besagt, daß ägyptische Kabinett habe gestern eine Sitzung abgehalten. Der Premierminister habe im Anschluß daran eine Audienz bei König Farid gehabt. In politischen Kreisen herrscht allgemein die Erwartung, daß die Erledigung der künftigen Gesetzesvorlage über die öffentlichen Versammlungen auf unbestimmte Zeit vertagt werde.

### Englische Kriegsschiffe nach Ägypten entsandt?

(London). Von Malta wird das Gerücht übermittelte, daß mehrere Kriegsschiffe Befehl erhalten hätten, nach Ägypten in See zu gehen, darunter die Linienkassette "Warrior" und "Bellerophon" mit einigen Kreuzern. Diese Schiffe waren erst vor zwei Tagen nach Malta zurückgekehrt. Weiter wird berichtet, daß die noch vor Malta ankommenden Kriegsschiffe Vorräte einnehmen. In diesem Marinekreise wird die Möglichkeit des Gerüchts weder bestätigt noch bestritten.

(Sterlohn). Auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei für den Wahlkreis Westfalen-Süd, der gestern in Sterlohn abgehalten wurde, sprach Reichsaussenminister Dr. Stressemann. Er führte u. a. aus: Nichts ist mir mehr verdacht worden als der Optimismus, der in dem von mir zitierten Wort des Staatssekretärs Bergmann von dem "Silberkreisen am Horizont" steht. Man muß an den Wiederaufstieg des deutschen Volkes glauben, um ihn durchzuführen zu können. Wir sehen in den letzten Jahren eine wachsende Achtung der Welt vor der Selbsterhaltung des deutschen Volkes. Man kann nicht den größten Krieg der Weltgeschichte verlieren und so weiterleben wollen, wie man vorher gelebt hat. Aber der Geschichtsschreiber wird einmal über das Kapitel Deutsche Geschichte die Ueberschrift setzen: "Der Wiederaufstieg des deutschen Volkes". Wir feiern mit allen andern die Erinnerung an die großen Tage, bekennen uns aber auch zur Mitarbeit an den Aufgaben des neuen Deutschlands. Eine Republik wird nur dann als groß in der Welt gelten, wenn sie groß genug ist, um die Größe der Vergangenheit anzuerkennen. Wenn ich gefragt werde, ob ich zur Weiterführung unserer Außenpolitik mit der Mehrheit oder der Minderheit halten wolle, dann muß ich darauf antworten: Wenn hinter dem deutschen Außenminister keine andere Macht steht als nur die Idee, kann die Außenpolitik nicht zum Erfolg geführt werden. Für die Außenpolitik gibt es weder rechts noch links, sondern nur das einzige: einige deutsche Volk. Freiheit und Vaterlandsliebe liegen begründet in unserer Sehnsucht: "Deutschland hoch in Ehren". Das ist die Politik, zu der wir uns bekennen. Möge sie ihren Einzug halten in alle deutschen Lande.

### Tagung des Demokratischen Partei-Ausschusses.

(Berlin). Der Reichs-Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei trat am Sonntag vormittag im Sitzungssaal des Preussischen Landtages zu einer Tagung zusammen, die von Vertretern aus dem ganzen Reiches fast besucht war.

Der Vorsitzende Oberbürgermeister Vesteren-Hamburg verlas bei der Eröffnung Begrüßungstelegramme der Deutsch-Liberalen Fraktion des Deutschen Reichstages und der Bürgerlich-Demokratischen Partei in Wien.

Nach einer Eröffnung der Ehrenvorsitzenden der Deutschen Demokratischen Partei, der bekannten Führerin der Frauenbewegung Frau Dr. h. c. Lange aus Anlaß ihres 80. Geburtstages sprach der Führer der Partei Reichsminister a. D. Koch über das Thema "Sieben Ziele für den neuen Reichstag".

Sodann sprach als Vertreterin der Demokratischen Frauen Frau Dr. Lüders über das Thema: "Gleiches Recht für die Frauen — Gilt für die Notleidenden".

Als dritter Redner sprach der preussische Finanzminister Dr. Köpfer-Wischoff über Erfolge und Ziele demokratischer Politik in Preußen.

Graf Bernstorff, der dann das Wort nahm, legte zunächst die Gründe dar, die ihn veranlaßt haben, eine Kandidatur für den Reichstag nicht wieder anzunehmen und machte dann eingehende Ausführungen über die Außenpolitik des Reiches.

Als letzter Redner sprach Oberbürgermeister Dr. Vesteren-Hamburg zu dem Thema "Reichseinheit und Liberalismus".

An die Vorträge schloß sich eine lebhafteste Aussprache an.

### Eine halbe Million Erdbebenopfer in Bulgarien.

(Paris). Nach einem von der Roten Kreuz-Liga den Länderverbänden zugehenden offiziellen Bericht über das Erdbeben in Bulgarien sind 132 Ortschaften in einem Umkreise von 900 Quadratkilometern zerstört oder fast zerstört worden. Insgesamt kamen 103 Personen ums Leben, 885 wurden schwer verletzt. 13 490 Gebäude stürzten ein, 17 407 sind unbewohnbar. Mehr als 250 000 Personen sind obdachlos. Die Gesamtzahl der Personen, die durch das Erdbeben zu Schaden gekommen sind, wird mit rund 490 000 angegeben.